



Interpellation: Gemeindegelder für Erdgasvermarktung

Fraktionen: GRÜNE / Junge Grüne, SP

Wie in der «Republik» vom 7.10.2020 zu entnehmen ist, bezahlen Schweizer Gasversorger dem Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) jedes Jahr sehr hohe Mitgliederbeiträge. Wie hoch jeweils die Beiträge genau sind und was mit diesem Geld konkret passiert, ist unklar. Offenkundig ist jedoch, dass der VSG daraus u. a. Image-Kampagnen für die fossil dominierte Gasversorgung (in der Vergangenheit z.B. mit dem pauschalen Greenwashing-Claim «Gas ist fortschrittliche Energie») finanziert.

Es steht der Widerspruch im Raum, dass diese von der Energie Thun mitfinanzierten Aktivitäten des VSG teilweise in einem offensichtlichen Widerspruch zu den klima- und energiepolitischen Zielen der Stadt Thun stehen, die sie unter anderem mit dem Unterschreiben der Klima- und Energiecharta¹ bekräftigt hat.

Das im Pariser Klimavertrag verankerte Ziel, katastrophale Klimastörungen zu vermeiden, erfordert die Verbrennung von fossilem Erdöl und Erdgas in der Schweiz innerhalb von maximal zwei Jahrzehnten nahezu vollständig zu beenden. Das führt zu der Frage, in welchem Ausmass sich Erdgas in dieser Frist durch erneuerbare Gase (Biogas sowie synthetisches Gas auf Basis erneuerbarer Energien) ersetzen lässt. Das einheimische Biogas kann auch unter Ausnützung des gesamten Potenzials kaum mehr als zehn Prozent des heutigen Absatzes von fossilem Erdgas substituieren – eine Tatsache, die auch der VSG nicht in Frage stellt.

Importiertes Biogas kommt als nachhaltige Lösungsoption nur sehr begrenzt in Frage, weil es primär für die Dekarbonisierung in den Nachbarländern benötigt wird und für die Schweiz rechnerisch nicht viel übrigbleibt. Synthetische Gase (Power-to-Gas) sind nur dann klimaverträglich, wenn sie mithilfe von vollumfänglich zusätzlich erzeugtem oder überschüssigen erneuerbaren Strom produziert werden.

Klimaverträgliche gasförmige Energieträger gibt es auf absehbare Zeit somit quantitativ nur stark begrenzt, sodass sie nur für Anwendungen zur Verfügung stehen, für welche es keine Alternative gibt. Dies wird im Vergleich zur heutigen Ausdehnung des Gasnetzes räumlich klar begrenzt sein.

Wenn sich ein Branchenverband wie der VSG gegenüber den oben beschriebenen Schlussfolgerungen verweigert und mit immensen Beitragsmitteln massive Öffentlichkeits- und Lobby-Kampagnen für Erhalt und Ausbau der Gasversorgung fährt, dann torpediert er damit die Erreichbarkeit der Klimaschutzziele der Schweiz und der Stadt Thun.

Fragen

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die gesamten direkten und indirekten Zahlungen (inklusive aller Beiträge und Beteiligungen), welche die Energie Thun jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?
2. Wie hoch sind allenfalls zusätzliche direkte und indirekte Zahlungen an regionale Verbände der Gasbranche (wie bspw. GWMB), welche die Energie Thun jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?
3. Wofür genau werden die Beiträge an den VSG eingesetzt? Welcher Anteil der Beiträge fließt in klassische Service-Angebote wie Schulungen, Normenarbeit, Innovationsförderung etc.? Welcher Anteil fließt in Imagekampagnen, Abstimmungskampagnen, Lobbyarbeit und andere Aktivitäten, die letztlich Ausbau und Erhalt (der immer noch nahezu vollständig fossilen) Gasversorgung zum Ziel haben?
4. Wofür werden die Zahlungen an die regionalen Verbände eingesetzt? Zu welchem Zweck existieren diese zusätzlichen Strukturen?
5. Kann der Gemeinderat ausschliessen, dass städtische Gelder an den VSG und die regionalen Gasverbände de facto gegen die klimapolitischen Ziele der Stadt Thun eingesetzt werden?

¹ [Charta A4 dt.indd \(staedteverband.ch\)](#)

6. Wie will der Gemeinderat künftig gewährleisten, dass die Zahlungen der Energie Thun ausschliesslich im klimapolitischen Interesse der Stadt Thun eingesetzt werden: Einfluss via Fachkommission des VSG? Zweckbindung der Beitragsmittel? Anteilige Kürzung der Beiträge? Ruhen der Mitgliedschaft, bis der VSG und regionale Gasverbände sich glaubwürdig für eine realistische Gasversorgung im Einklang mit der Klimapolitik der Stadt Thun und des Bundesrats einsetzen? Austritt aus dem VSG und/oder regionalen Gasverbänden?

Dringlichkeit:

wird verlangt ja nein

06.05.2021, Marc Barben